



Frank Schwabe

Mitglied des Deutschen Bundestages
Klimaschutzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1 11011 Berlin

☎ (030) 22 77 36 38

☎ (030) 22 77 66 46

✉ frank.schwabe@bundestag.de

Ansprechpartner: Michael Meyer
06. September 2010

Merkels "Revolution" ist der Rückfall ins energiepolitische Mittelalter

Zu den gestrigen Beschlüssen der Koalitionsparteien zur Verlängerung der Laufzeiten für die Atomkraftwerke nimmt der klimaschutzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Frank Schwabe nachfolgend Stellung:

„Mit einer von Merkel beschworenen energiepolitischen Revolution haben die gestrigen Beschlüsse von Schwarz-Gelb gar nichts zu tun.“

Die Revolution war die letzten gut 10 Jahre, in denen eine Energiewende gegen die Partikularinteressen, gegen die herrschende verfilzte und rein profitorientierte Energiewirtschaft durchgesetzt wurde. Auf diese Revolution hin zu Erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz wird jetzt ein Lobbyanschlag verübt. Zurück zu einer an den Profitmaximierungsinteressen von vier Monopol-Stromversorgern orientierten Interessen, gegen die klare Mehrheit der Bevölkerung.

Eine Lösung für Sicherungen gegen Anschläge, für eine Verbesserung der Sicherheit der hoch anfälligen Atomreaktoren, gar eine Lösung für den Umgang mit dem Abfall, auch für die Verhinderung des missbräuchlichen Einsatzes für kriegerische und terroristische Zwecke gibt es nicht. Es gibt auch noch kein Energiekonzept. Darum geht es auch gar nicht. Das war bloß Teil der Verschleierungstaktik.

Es ging um ein Weiterlaufen von hochprofitablen Atomreaktoren im Sinne von Wenigen. Dieses muss den erbitterten Widerstand der Zivilgesellschaft heraufbeschwören. Es muss klar sein: der Preis für Schwarz-Gelb wird hoch. Auch für die Atomkonzerne: wer die Vereinbarungen mit Vorgängerregierungen mutwillig bricht, der muss damit rechnen, dass mit erneuter Regierungsübernahme anders vorgegangen wird. Das gibt es schon jetzt Schwarz auf Weiß: Im Falle von Rot-Grün wird der alte Beschluss wieder eingesetzt, mindestens! Und bis dahin werden alle juristischen, politischen und zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten ausgeschöpft.“

PRESSSEMITTEILUNG